

GRÜNDO

GRÜNE in Dortmund



**FREIHEIT
GERECHTIGKEIT
SOLIDARITÄT**
DIE WÜRDE DES FLÜCHTLINGS IST UNANTASTBAR.

Nr.19
DEZ
2015

WWW.GRUENE-DORTMUND.DE



Liebe Freundinnen und Freunde,

Schon lange kannten wir die Lage auf Lampedusa, und seit Jahren verhallt der Ruf Italiens nach EU-Solidarität – dank „Dublin“ völlig zu Recht!?

Schon lange kennen wir die Ursachen von zunehmender Unbewohnbarkeit von Landschaften durch extreme Trockenheit und Wasserfluten.

Und schon lange kannten wir die Bilder von den hohen Zäunen um Ceuta und den Menschen, die sie überwinden wollen. Wir wissen um zusammenbrechende Staaten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wir wissen um die unendlichen Flüchtlingslager rund um Syrien. Und ganz am Rande nehmen wir zur Kenntnis, dass im Laufe dieses Jahres das Flüchtlingshilfswerk der UN die Mittel für die Flüchtlingshilfe kürzen musste. Noch nicht einmal 50 Cent pro Person und Tag reichen selbst dem anspruchlosesten Flüchtling kaum zum Überleben. Was würden wir wohl tun in einer solchen Situation?

Und trotzdem hatten wir keinen Plan, als die Menschen sich auf den Weg machten in dem verzweifelten Bemühen, sich aus ihrem Elend zu befreien – um irgendetwas in der Aussichtslosigkeit zu tun und um nicht lethargisch in der Perspektivlosigkeit zu verharren.

Wir hätten uns hinter EU-Richtlinien, hinter „Dublin“ verstecken können, als die Situation rund um Ungarn eskalierte, aber das Gebot der Menschlichkeit war alternativlos. Und das Einfordern von EU-Solidarität ebenfalls!

Und jetzt endlich dämmert selbst den größten Ignorant*innen, dass das alles auch uns betrifft, und wir rufen nach Bekämpfung der Fluchtursachen und Einwanderungsquoten, man könnte es auch Einwanderungsgesetz nennen.

Schon lange wissen wir, dass die Menschen auch fliehen vor dem Terror in ihren Heimatländern, wir wissen um die schrecklichen Bombenanschläge u. a. rund um Syrien. Und es gab neben Gewalt kaum Pläne, friedliche Zivilgesellschaften in Afghanistan oder im Irak wachsen zu lassen, oft in Ignoranz der Gegebenheiten vor Ort. Und dann entstand der IS und gab dem Terror sein menschenverachtendes Gesicht!

Madrid – London – Paris; ein abgeschossener russischer Urlaubsflieger und wieder Paris: Der Terror kommt zu uns, und wir sind gefordert, die Freiheit, Gleichheit und Solidarität der europäischen Lebensweise dagegen zu setzen und nicht zuzulassen, dass er unsere Zivilgesellschaft zerstört, weder durch Angst noch durch die Helfer von Rechts. Kriegsrhetorik hilft dabei nicht.

Ich wünsche mir, dass Europa zu dringend notwendiger Solidarität findet und dass es uns gelingt, uns und allen Menschen, die mit uns leben wollen, den unschätzbaren Wert von Freiheit, Gleichheit und Solidarität in Frieden als unveräußerlich zu vermitteln und so zu leben.

Auch wenn Weihnachtsmärkte nicht mein allergrößtes Hobby sind: Ich habe keine Angst, dort Reibeplätzchen zu essen. Wir alle leben in mehr als bewegten Zeiten und wissen alle nicht, ob uns das gefällt und wie das alles weiter geht ...

In diesem Sinne eine ruhige und nachdenkliche Weihnachtszeit

Eure

Hilke Schwingeler

Hilke Schwingeler

ist Sprecherin des Kreisverbands Dortmund.



VORWORT: Hilke Schwingeler	2
Flüchtlinge in Dortmund FREMD IST DER FRENDE NUR IN DER FRENDE?	4
Brief aus Berlin NOUS SOMMES UNIES? Überlegungen nach den Terroranschlägen in Paris	5
Ankommen im Unionviertel ZU HAUSE KANN EBEN AUCH WOANDERS SEIN!	6
AUS DER BEWÄLTIGUNG DIESER KRISE ERWÄCHST EINE UNGEHEURE KRAFT Ein Gespräch mit Daniela Schneckenburger	8
Ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe DARUM ENGAGIEREN WIR UNS	10
BELASTEN DIE FLÜCHTLINGE DORTMUND? So ganz schlecht kommt die Stadt nicht dabei weg	11
GRÜNER Ratschlag zum Radschnellweg Ruhr: WER RADWEGE BAUT, WIRD RADVERKEHR ERNTEN	12
ABGASLÜGEN MACHEN KRANK – MESSWERTE SINKEN NICHT	12
GRÜNES SPÄTSOMMERFEST	13
BDK in Halle/Saale MIT HERZ, PLAN UND „MUT IM BAUCH“: VIELE BLICKE UND EINIGE SCHRITTE IN DIE ZUKUNFT	14
Grüne Gesichter MAMADOU BOBO BARRY	15
KONTAKTE, TERMINE & IMPRESSUM	16



FLÜCHTLINGE IN DORTMUND FREMDE IST DER FREMDE NUR IN DER FREMDE?

Wer in den Tagen und Nächten Anfang September am Hauptbahnhof war und auf die Züge mit Flüchtlingen gewartet hat, der konnte erleben, wie große Hilfsbereitschaft und ehrenamtliches Engagement vieler Freiwilliger auf gut koordinierte und kooperierende hauptamtliche Arbeit trafen. Dortmund hat gerade in diesen Tagen mit dem Willkommen für die aus Ungarn angereisten, überwiegend syrischen Flüchtlinge weit über die Grenzen der Stadt hinaus gezeigt: So geht Flüchtlingshilfe!

Darüber hinaus war das Willkommen auch ein klares Zeichen gegen jeglichen Rechtsradikalismus und insbesondere gegen die Dortmunder Nazis, die um den Bahnhof schlichen.

Gegen Ende November leben bereits über 5000 kommunal unterzubringende Flüchtlinge in Dortmund. Dazu kommen über 1000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sowie bis zu 1350 Menschen in der Erstaufnahmeeinrichtung an der Buschmühle und in Hacheneu, die allerdings höchstens 48 Stunden bleiben, bevor sie auf andere Kommunen verteilt werden.

Flüchtlinge, die zu uns nach Dortmund kommen, brauchen zuallererst eine menschenwürdige Unterbringung. Zelte, Traglufthallen und Container können dabei nur zeitlich begrenzte Notlösungen sein. Unser Ziel ist es weiterhin, Flüchtlinge schnellstmöglich in eigenen Wohnungen unterzubringen. Die GRÜNE Ratsfraktion unterstützt deshalb die Pläne, neue und öffentlich geförderte Wohnungen zu bauen. Unabhängig von der Unterbringung von Flüchtlingen fordern wir seit Jahren, dass der geförderte Wohnungsbau in Dortmund wieder aufgenommen wird. Wichtig ist,

dass diese neuen Wohnungen von allen Dortmunder*innen genutzt werden können, die auf preiswerten Wohnraum angewiesen sind.

Viele Menschen engagieren sich ehrenamtlich im Bereich der Flüchtlingshilfe. Und trotzdem gehen viele Hilfsangebote noch immer verloren oder bleiben ungehört. Deshalb halten wir nach wie vor eine zentrale Ansprechstelle für Bürger*innen für notwendig. Leider sehen das die Verwaltung und die anderen Fraktionen bis jetzt anders.

Nach der ersten Unterbringung kommt die Integration. Denn viele der vor Terror, Folter und Krieg geflohenen Menschen werden länger oder für immer bleiben. Das wird ein langer und nicht einfacher, aber notwendiger Prozess. Und je besser wir ihn von Beginn an gestalten, desto besser wird er gelingen. Dabei haben wir vor allem die Kinder und Jugendlichen im Blick. Schon jetzt fehlen Betreuungsplätze insbesondere für Kinder unter drei Jahren. Wir wollen die Situation nutzen, um den Ausbau der Plätze für alle Kinder in Einrichtungen, in der Kindertagespflege, in Kinderstuben und Großpflegestellen weiter voranzutreiben. Dazu werden wir für den Haushalt 2016 entsprechende Anträge stellen.

Viele der zu uns kommenden Menschen sind aufgrund von Verfolgung, Krieg und Flucht gesundheitlich eingeschränkt, häufig auch traumatisiert. Ihre gesundheitliche Versorgung wird in den ersten 15 Monaten ihres Aufenthalts auf der Grundlage des eingeschränkten Leistungskatalogs des Asylbewerberleistungsgesetzes geregelt. Zu diesen Beschränkungen kommen vielfach vorhandene Sprachbarrieren. Das alles

macht eine notwendige bedarfsgerechte medizinische Versorgung schwierig.

Auf unsere Initiative im Sozialausschuss hin wird es einen städtischen Gesundheitsgipfel geben, auf dem es um die gesundheitliche Versorgung der in Dortmund lebenden Flüchtlinge gehen soll. Dabei sollen sowohl eine Bestandsaufnahme der momentanen Strukturen der gesundheitlichen und psychologischen Versorgung von Flüchtlingen als auch die Entwicklung von Handlungsansätzen und -empfehlungen im Mittelpunkt stehen. Dazu sollen dann auch Vertreter*innen der Träger von Flüchtlingsunterkünften sowie aus Organisationen der Flüchtlingshilfe eingeladen werden.

Aufgeschoben ist allerdings die Entscheidung zur Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge. Erfahrungen in Bremen und Hamburg haben gezeigt, dass sich mit einer Gesundheitskarte neben der Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Flüchtlingen auch in erheblichem Umfang administrative Kosten einsparen lassen. Die GRÜNE Fraktion hatte deshalb beantragt, dass sich die Stadt schnellstmöglich der Rahmenvereinbarung des Landes mit den Krankenkassen zur Einführung einer Gesundheitskarte anschließt. Sozialverwaltung und insbesondere die Fraktionen von CDU und SPD sehen aber statt der Chancen vor allem die finanziellen Risiken. Eine endgültige Entscheidung soll nun in einem halben Jahr fallen.

Ulrich Langhorst

ist Sprecher der GRÜNEN Ratsfraktion.

NOUS SOMMES UNIES?

ÜBERLEGUNGEN NACH DEN TERRORANSCHLÄGEN IN PARIS

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

während sich die Menschen in Europa – noch überwiegend schockiert – vor den Opfern verneigen, reibt sich die politische Rechte von Pegida bis hin zur CSU bereits die Hände. Endlich – so scheint es ihr – bietet sich eine Möglichkeit die Sorge vieler Bürgerinnen und Bürger in helle Angst zu verwandeln. Ob Pegida, AfD oder CSU – sie alle haben nichts Besseres zu tun, als aus dem Entsetzen über die Toten von Paris politisches Kapital für sich und ihre fremdenfeindlichen oder sogar offen rassistischen Positionen zu schlagen. Natürlich unterscheiden sie sich im Ton: Während Pegida-Gründer Lutz Bachmann Flüchtlinge unmittelbar zu Terroristen erklärt („Die, die hierher kommen, bringen den Terror ins Land.“), unkt CSU-Landesfinanzminister Markus Söder: „Paris verändert alles. Die Zeit unkontrollierter Zuwanderung und illegaler Einwanderung kann so nicht weitergehen.“ Die Stoßrichtung ist jedoch die gleiche, und es ist leider zu erwarten, dass noch einige Rechtsausleger mehr schamlos die Ermordeten für ihre Zwecke zu instrumentalisieren versuchen. Um nicht falsch verstanden zu werden: Selbstverständlich muss kontrolliert werden, wer nach Europa einreist und wer ausreist. Selbstverständlich müssen wir zu geregelten Verfahren kommen. Doch darum geht es der CSU gar nicht, wenn sie Flüchtlinge und die Morde von Paris zueinander in Beziehung setzt.

Dies ist aus unterschiedlichen Gründen abstoßend, dumm und in zweierlei Hinsicht gefährlich. Gefährlich vor allem deshalb, weil die Unterstellung, die Terrorgefahr gehe von Flüchtlingen aus, die Bedrohungslage verzerrt. Der so genannte „Islamische Staat“ (IS) ist keine Amateurtruppe, sondern inszeniert seine Gewalttaten ebenso wie deren öffentliche Verbreitung über die sozialen Medien mit Kalkül. Es wäre naiv anzunehmen, dass diese professionell agierende Terrororganisation offensichtlich sorgfältig vorbereitete Attentäter mit Spezialkenntnissen vorwiegend auf risikoreichen Fluchtrouten einschleust. Hierzu passt die Tatsache, dass fast alle bisher identifizierten Täter französische oder belgische Staatsbürger sind. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es noch zu früh

für gesicherte Aussagen, aber es ist plausibel, dass die Drahtzieher des IS die Reaktion der politischen Rechten in Europa bewusst einkalkuliert haben. Um die Auseinandersetzung um die Flüchtlingsfrage gezielt anzuhetzen, könnte einigen Attentätern eine Legende als Flüchtling verpasst worden sein, die dann absichtlich über die Balkanroute geschickt wurden. Mit ihren Äußerungen sind Söder & Co. dem IS regelrecht auf den Leim gegangen, denn dieser verfolgt gezielt die Strategie, die Stimmung zwischen der muslimischen und nicht-muslimischen Bevölkerung in Europa zu verschlechtern sowie Konflikte eskalieren zu lassen. So hofft der IS, weitere frustrierte junge Männer zur Radikalisierung zu treiben.

Die zweite Gefahr, die mit der Verhöhnung und Indienstnahme der Opfer verbunden ist: Es ist zu befürchten, dass sich rechtsextreme Gewalttäter zusätzlich bestätigt und motiviert sehen. Und hier möchte ich noch zu einem weiteren Punkt kommen – nämlich den Ähnlichkeiten zwischen Dschihadisten und Rechtsextremen. Vordergründig von unterschiedlichen Seiten kommend haben diese doch frappierende Ähnlichkeiten. Es handelt sich zwar nicht nur, aber vielfach um junge Männer, die – salopp gesprochen – nicht unbedingt auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Als ökonomische und soziale Modernisierungsverlierer sind sie von Abstiegs- und Verlustängsten geprägt, meist intellektuell eingeschränkt, emotional verarmt, nur bedingt mit sozialer Intelligenz ausgestattet, haben ein unterentwickeltes Selbstbewusstsein und nicht zuletzt oftmals eine wenig erfolgreiche Bildungslaufbahn hinter sich. Mit dieser Disposition waren und sind sie beinahe unausweichlich in ihrem Alltagsleben mit Herabsetzung durch ihre erfolgreicherer Altersgenossen konfrontiert („Du Loser“). Ihre Erfolge beim anderen Geschlecht (bei jungen Männern ein nicht zu unterschätzender, zivilisierender Faktor) dürften überschaubar sein. Echte Chancen auf Anerkennung und Aufstieg sind spürbar äußerst begrenzt. In genau dieser Lage scheinen Sekten und Gruppen attraktiv, die ein einfaches Weltbild anbieten. Ein

Weltbild, in dem schlicht nach „Gut“ und „Böse“ unterschieden wird und in dem die „Schuld“ an der eigenen Lebenslage den Anderen zugeschrieben werden kann – seien es „Ausländer“ (für die Nazis) oder „Ungläubige“ (für die Dschihadisten). Gleichzeitig bietet die Bezugsgruppe endlich die Anerkennung und Geborgenheit, nach der sich die gesellschaftlichen Verlierer so sehr gesehnt haben. Und diese Anerkennung steigt nach den ganz eigenen Regeln der Gruppe. Nur die Maßeinheit ist dieselbe: Gewalt! Und daher ist Vorbeugung vor Terror nicht nur eine Angelegenheit von Polizei und Geheimdiensten, sondern auch von langfristiger Integrationspolitik – sei es für Schulabbrecher aus den problematischen Milieus der sächsischen Schweiz, sei es für ungefestigte muslimische Jugendliche in Dinslaken oder die Kinder der arabischen Clans in Berlin-Neukölln. Politisches und gesellschaftliches Eingreifen muss dort stattfinden, wo es wirklich schwer ist, wenn wir den Terrorismus von unten austrocknen wollen.

Mit entschlossenen Grüßen aus Berlin
Ihr Markus Kurth

Markus Kurth ist Dortmunder GRÜNES Mitglied des Bundestages.





**DIE ABENDREALSCHULE
WAR EINE DER ERSTEN „NEUEN“
FLÜCHTLINGSUNTERKÜNFTE
IN DORTMUND –
ASTRID CRAMER BERICHTET,
WIE SICH ENGAGEMENT UND
HILFSBEREITSCHAFT DAUER-
HAFT ORGANISIERTEN**

Im November 2014 wurde es zum ersten Mal konkret: Geflüchtete Menschen sollten in der ehemaligen Abendreal-schule in der Adlerstraße untergebracht werden. Bis dahin hatte ich keine Berüh-rungspunkte mit Flüchtlingshilfe. Nun betraf es mich politisch als Mitglied der Bezirksvertretung Innenstadt-West und privat, weil ich im Unionviertel nur zwei Straßen weiter wohne.

Viele unglaublich engagierte Ehrenamt-liche begannen sofort, eine Hilfsstruktur aufzubauen. Eine Kleiderkammer wurde eingerichtet, der Deutschunterricht kon-zeptioniert, Beschäftigungsangebote für Kinder und Erwachsene erarbeitet.

Nach einigen Wochen standen die ersten Auszüge aus der Unterkunft an. Die Stadt Dortmund hat mit dem Konzept der dezentralen Unterbringung eine sinnvolle Maßnahme geschaffen: Geflüchteten Menschen wird es so schnell ermöglicht, wieder ein eigenes und selbstbestimmtes Leben aufzuba-uen. Wie sehr man sich auch bemüht, eine Notunterkunft einigermaßen gut einzurichten, so dass ein Mindestmaß an Privatsphäre vorhanden ist: Jeder, der sich mal vorstellt, über Wochen oder gar Monate auf engem Raum mit fremden Menschen leben zu müssen, bekommt schon bei diesem Kopfkino Beklemmun-gen. Aus diesem Grund sollte das Dort-munder Konzept weiter verfolgt werden, auch wenn der Wohnraum knapp ist. (Am Rande: Hierfür sollten wir GRÜNE unseren Einfluss zur Förderung des sozia-len Wohnungsbaus geltend machen).

Uns stellte sich die Frage, wer hilft denn nun den Menschen, welche die Obhut der Betreiber der Einrichtungen verlassen

und von nun an auf sich selbst gestellt sind? Die Flüchtlingszahlen steigen rasant, laut der Stadt Dortmund hat sich die Zahl der Menschen, welche Leistun-gen nach dem Asylbewerberleistungs-gesetz erhalten, zwischen August 2014 und August 2015 nahezu verdoppelt. Die Anzahl der Sozialarbeiter*innen, die im Auftrag des Sozialamtes die Ge-flüchteten betreuen, wird kaum einen derartigen Zuwachs verzeichnen. Wenn diese Menschen also nun vielleicht einmal in der Woche für eine Stunde Be-such eines städtischen Mitarbeiters oder einer Mitarbeiterin erhalten, ist das ein Minimum, aber definitiv kein Ideal – und zur Integration dieser Menschen wird es kaum beitragen.

Die Idee zur Vereinsgründung stand schon länger im Raum. Als wir immer häufiger bei Auszügen halfen oder diese im Vorfeld organisierten, und immer wieder das Geld für Transporter fehlte, wurden die Ideen im April diesen Jahres konkreter: Eine Selbstorganisation als





Verein würde bedeuten, dass wir Mittel zur Flüchtlingshilfe beantragen und diese auch direkt nutzen könnten. Ende April war es dann so weit: Wir gründeten „Projekt Ankommen e.V.“

Um unsere Arbeit wirklich auf ein breites Fundament zu stellen, war klar: Wir beschränken uns auf die Menschen, die aus den Unterkünften ausziehen und bieten jede dann nötige Hilfe an. Zunächst waren es vier Säulen: Beim Umzug helfen, Deutschunterricht anbieten, Patenschaften vermitteln und Veranstaltungen (eigene und „fremde“) organisieren, die die Integration fördern. Dabei ist uns bis heute wichtig: Wir sind betreiberunabhängig und überparteilich. Flüchtlingshilfe kann nur gemeinsam gestemmt werden und sollte nicht für den Wahlkampf missbraucht werden.

Außerdem haben wir in der Satzung festgelegt, nicht an politischen Aktionen teilzunehmen oder diese zu organisieren. Blockaden, Demonstrationen usw. wie sie zum Beispiel „Refugees Welcome“ organisiert, sind gut und notwendig. Uns geht es jedoch wirklich um die praktische Hilfe. Diese ist einfacher durchzuführen, wenn man intern keine politischen Diskurse führen muss.

So arbeiten wir nun seit gut sechs Monaten als eingetragener, gemeinnütziger Verein erfolgreich:

Über 100 Auszüge haben wir organisiert und durchgeführt, inklusive der Vermittlung von Möbelspenden.

Mehr als 100 Patenschaften haben wir vermittelt – und wir betreuen sie weiter. Etliche Flüchtlinge können bei uns Deutschkurse besuchen; momentan sind 40 Lehrerinnen und Lehrer für uns tätig, rund 60 Geflüchtete besuchen die parallel laufenden Kurse für ABC-Schüler*innen, Anfänger*innen und Fortgeschrittene.

Gemeinsam mit den Naturfreunden Kreuzviertel organisierten wir das Westparkfest für geflüchtete Menschen und Freunde.

Wir begleiten geflüchtete Menschen zu unzähligen Veranstaltungen, Konzerten und kulturellen Angeboten.

Offensichtlich haben wir mit der Gründung des Vereins einen Nerv getroffen: Inzwischen zählen wir über 120 Mitglieder – und das Spektrum der Hilfsangebote wächst stetig. So arbeiten wir daran, weitere Säulen und Netzwerke aufzubauen, z.B. für das Gesundheitswesen, für Sportangebote und Rechtsberatungen.

Und ganz sicher wird diese Arbeit in den kommenden Monaten oder Jahren nicht weniger: Selbst wenn die Flüchtlingszahlen wieder sinken, werden die Menschen Beratung und Begleitung brauchen, bis das „Projekt Ankommen“, das in unserem Namen steht, abgeschlossen ist und die Geflüchteten bei uns in Dortmund eine neue Heimat gefunden haben.

Wir freuen uns weiterhin über Hilfsangebote und auch Spenden – wobei wir bei den Hilfsangeboten um Geduld bitten: Das Vermitteln von Helfer*innen zu „Hilfsbedürftigen“ ist eine der größten Herausforderungen dieser Arbeit.

Weitere Infos: projekt-ankommen.de

Astrid Cramer

ist Mitglied der Bezirksvertretung Innenstadt-West – und nun auch stellvertretende Vorsitzende des Vereins „Projekt Ankommen e.V.“



AUS DER BEWÄLTIGUNG DIESER KRISE ERWÄCHT EINE UNGEHEURE KRAFT

Ein Gespräch mit Daniela Schneckenburger über unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und die Erfahrung, welche Kräfte eine Krise freisetzen kann



WENN ICH VON JUGENDLICHEN HÖRE, DIE ALLEIN NACH DORTMUND FLIEHEN, FRAGE ICH MICH: WIE SCHAFFEN SIE DAS?

Die Jugendlichen aus Syrien – es sind in fast allen Fällen Jungs – schaffen das, weil sie die Lage in ihrem Heimatland mehr fürchten als die Gefahren der Flucht. In Syrien versuchen zur Zeit verschiedene Armeen, die Jungs anzuwerben: die des Assad-Regimes, der kurdischen Armee oder des IS. Sobald sie sich der Rekrutierung verweigern, muss die Familie Repressionen fürchten. Darum unterstützen die Familien die Flucht ihrer Kinder. Um sie zu schützen und auch sich selbst. Da erscheint die Gefahr einer Überfahrt über das Mittelmeer nachrangig, und die Hoffnung auf ein sicheres Leben ist groß.

WIE ALT SIND DIE JUNGEN, WENN SIE HIER ANKOMMEN?

Das Alter wechselte in den vergangenen Wochen mit den Fluchtwellen.

Der allergrößte Teil ist zwischen 14 und 17,5 Jahren. Wir hatten aber auch zwei Achtjährige. Manche Kinder waren allein auf der Flucht, manche haben unterwegs ihre Eltern verloren. Einer erzählte, dass er seinen Vater und seine Nichten verloren hat in der Türkei. Die sind offensichtlich zurückgeschoben worden über die irakische Grenze. Sein größtes Anliegen war zu wissen, ob sie noch leben und Kontakt zu bekommen. Aber es gibt im Moment keine Chance, solche Fragen zu klären.

UND WIE SCHAFFEN SIE DIE FLUCHT?

Die Jugendlichen werden zum Teil von Schlepperorganisationen begleitet, andere schlagen sich allein durch. Wenn sie aus Syrien kommen, geht der Weg durch die Türkei, übers Mittelmeer, über die Balkanroute bis zu uns, in der Regel ohne Gepäck, Ersatzkleidung oder persönliche Gegenstände – bis auf das Handy. Ihr Handy ist dann quasi die „Nabelschnur“ nach Hause, zu Eltern, Verwandten, vielleicht zu Freunden aus der Fluchtgemeinschaft, vielleicht sogar zu alten Freunden aus ihrer regionalen Umgebung, die schon hier sind.

Wenn sie hier sind, brauchen die Jungs erst mal Zeit sich auszuruhen. Manche haben eine Verletzung, zum Beispiel einen Granatsplitter im Bein. Sie brauchen Kleidung und Schuhe. Wenn sie gegessen haben und ein Dach über dem Kopf haben, setzen die Fragen ein: Wie geht's mit mir weiter? Welche Bildungsmöglichkeit habe ich? Und ganz entscheidend: Wie bekomme ich meine Familie hier her? Das ist ein zentraler Punkt: Sie sind zunächst gekommen mit dem Auftrag, sich in Sicherheit bringen. Aber sie fühlen natürlich den inneren Auftrag, auch ihre Familie in Sicherheit zu bringen.

DAS IST ABER NUR BEGRENZT MÖGLICH.

Ab da wird es richtig schwierig. Familiennachzug ist rechtlich nur möglich für die eng begrenzte Kernfamilie. Dazu würde der erwachsene Bruder schon nicht mehr gehören. Und die Familienzusammenführung muss genehmigt werden, denn sie zielt auf das Wohl des Kindes hier. Und schlussendlich besteht ihr Recht auf Familienzusammenführung nur bis zum 18. Lebensjahr, bis zu ihrer Volljährigkeit. Das wird schon zeitlich für viele Jugendliche extrem schwierig.

IN DORTMUND SIND MIT DER BETREUUNG RICHTIG VIELE MENSCHEN BESCHÄFTIGT. DIE LETZTE ZAHL, DIE ICH GELESEN HABE WAREN 1100 ...

1126 unbegleitete Minderjährige als Schlusstand am 31. Oktober.

DAS IST EIN WIRTSCHAFTSSEKTOR.

So kann man das auch sehen. (lacht) Das wäre jetzt nicht mein primärer Blick. Also, das ist Jugendschutz, ein gesetzlicher Auftrag, der Auftrag aus der UN-Kinderrechtskonvention – und einfach eine humanitäre Verpflichtung.

ABER GIBT ES SO VIELE FACHKRÄFTE, DIE SICH IN SO KURZER ZEIT EINARBEITEN KÖNNEN?

Unser System war natürlich nicht auf diese große Zahl ausgerichtet. Seit Juni ist die Anzahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in der stationären Unterbringung enorm angewachsen, allerdings immer als Notsystem und zur Vermeidung von Obdachlosigkeit. Aktuell stellt sich die Lage darum gemischt dar: Es gibt unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in regulären Einrichtungen, die nach den üblichen Standards des Landesjugendamtes arbeiten, und solche in neuen Einrichtungen, die schnell eröffnet werden mussten, die wenig Personal finden konnten und die darum zwangsweise den vorgesehenen Personalschlüssel noch nicht gewährleisten können. Dieses Notaufnahmesystem bauen wir nun Schritt für Schritt in reguläre Standards um.

WIE LANG KANN DAS SO WEITERGEHEN?

Seit der Gesetzesänderung Anfang November hat sich die Lage für uns grundlegend geändert. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden nun auf alle Jugendämter umverteilt. Wer hier ist, bleibt hier, aber alle anderen ankommenden Jugendlichen werden nach ca. vier Wochen auf Jugendämter verteilt, die noch zu wenig Jugendliche aufgenommen haben.

UND WENN DIE JUGENDLICHEN VOLLJÄHRIG WERDEN?

Dann fallen sie aus dem System Jugendhilfe heraus. Das heißt praktisch für einen Jugendhilfeträger mit Notsystem, dass er mit demselben Personal weniger Jugendliche betreut. Im Grunde genommen schrumpft sich das System damit zurecht auf den Standard.

UM DEN JUGENDLICHEN GERECHT ZU WERDEN, BRÄUCHTE MAN ABER EINE VORÜBERGEHENDE VERSTÄRKUNG.

Es gibt aber niemanden. Der Markt ist leer. Die Träger haben uns mehrfach berichtet, dass es nicht gelingt, pädagogische Fachkräfte auf dem Markt zu gewinnen.

NUN GIBT ES IN DORTMUND EIN HALBES DUTZEND ÜBERGANGSWOHNHEIME IN GANZ IDYLLISCHEN LAGEN, „ZUM KÜHLEN GRUNDE“ UND HAUS HUSEN ZUM BEISPIEL. UND DAZWISCHEN STEHT DAS ALTE KREISWEHRERSATZAMT – NAH AN ALLEN VERLOCKUNGEN DER GROSSSTADT. GAB ES STANDORTDISKUSSIONEN?

In dieser Notlage konnten wir uns keine Standortdebatte leisten. Wir mussten jedes Objekt sofort nehmen, das irgendwie passte und kurzfristig herrichtbar war. Die Standorte haben aber auch unterschiedliche Vorteile. Am Stadtrand gibt es eine höhere Abgeschiedenheit, die für Ankunftssituationen natürlich gut ist. In Stadtnähe gibt es eine größere Nähe zur Volkshochschule, zu Sprachkursangeboten, also zu Bildung. Im ehemaligen Kreiswehrrersatzamt wird ohnehin nur eine vorläufige Inobhutnahme von kurzer Dauer stattfinden – da ist nicht viel mit Verlockungen der Großstadt ...

ES IST BEEINDRUCKEND, WIE SCHNELL DAS ALLES AUFGEBAUT WURDE. FUNKTIONIERTE DER KRISENSTAB DER VERWALTUNG?

Absolut. Das Krisenmanagement der Verwaltung war und ist gut, getragen von hohem persönlichen Einsatz aller Mitarbeiter*innen. Es wäre aber auch nicht gegangen ohne das hohe Engagement – und das muss man auch noch mal sagen – ohne den pädagogischen Idealismus der Träger, die gesagt haben: Egal, was für Arbeitsbedingungen wir kennen und gewohnt sind, jetzt fordert die Lage uns etwas anderes ab und wir nehmen diese Herausforderung an. Und dazu kamen und kommen die vielen Ehrenamtlichen, eine Zivilgesellschaft, die ohne langes Fragen da anpackt, wo es notwendig ist. Da gab es wirklich großartige Situationen.

DAS KLINGT FAST WIE EIN GROSSES ABENTEUER.

Abenteuer? Nein. Aber ich glaube, dass aus der Bewältigung solcher Krisen für die Gemeinschaft auch immer eine ungeheure Kraft und auch Spiritualität erwächst. Ein Journalist sagte mir fast fassungslos am Rande der Drehscheiben-Situation im Dietrich-Keuning-Haus: Was wir hier erleben, das ist eine postmaterielle Gesellschaft. Was er meinte war, dass die Menschen, die uneigennützig helfen und spenden, Zufriedenheit und Stärke daraus ziehen, dass sie Teil eines Ganzen sind, dass es Solidarität und Hilfsbereitschaft gibt ohne Ansehen der Person, um die es geht. Offensichtlich erwächst eine Ebene von Sinnstiftung aus dieser Krisensituation.

INSOERN HÄTTE IN DIESEM PROZESS WENIG BESSERES PASSIEREN KÖNNEN ALS EINE KANZLERIN, DIE SAGT „WIR SCHAFFEN DAS.“?

Es ist schon erstaunlich: Mit dem Wort der Kanzlerin wurde es quasi zu einer „nationalstaatlichen Doktrin“, dass wir das Land sind, das in Europa Schutz und Hilfe bietet bei Flucht, Vertreibung und Verfolgung. Ich finde, auf diese Seite unseres Landes, unserer Demokratie können wir stolz sein. Die Stimmung wird allerdings erkennbar schwieriger durch die Debatten der letzten Wochen. Und tatsächlich, darüber muss man ja nicht hinwegsehen, haben wir eine Menge ungelöster Probleme, deren Lösung am Ende darüber entscheidet, ob wir auch von einer gelungenen Integration zu uns geflüchteter Menschen sprechen können. Vom Ende her wird sich also entscheiden, ob wir wirklich miteinander auf dem guten Weg bleiben, auf dem wir sind.

WIE WIRD ES MIT DEN JUGENDLICHEN WEITERGEHEN?

Ich fürchte, jetzt gehen wir auf die Rüttelstrecke: Es wird auch schwierige Situationen mit einzelnen dieser Jugendlichen geben. Das gehört zum Lebensalter dazu, dass sie sich nicht nur stromlinienförmig entwickeln, sondern dass sie sich austoben, dass sie sich erleben und ausprobieren müssen, dass sie Grenzen suchen und mit ihren spezifischen Belastungen zurecht kommen müssen. Das muss man ihnen zugestehen und zwar deswegen, weil sie Jugendliche sind, und nicht, weil sie einen syrischen, afghanischen oder albanischen Pass haben.

Für mich stellt sich als großes Problem dar, was wir den Jugendlichen anbieten, die am Ende keine Bleibeperspektive haben. Beispielsweise albanische Jugendliche. Sie sind hierher gekommen, weil sie mit einer für sie ausweglos erscheinenden wirtschaftlichen und bildungspolitischen Perspektive leben. Sie werden in ihr Land zurückgehen müssen. Und die Frage ist: Womit? Was können wir ihnen mitgeben? Die Rede von der Aufbauhilfe West-Balkan müsste an diesem Punkt konkret werden: Ausbildungsanteile, Sprache, vielleicht Schulabschlüsse, eine strukturierte Rückkehrsituation. Das wäre doch in unserem eigenen Interesse, wenn wir solche Situationen wie jetzt zukünftig verhindern wollen.

ABER DAS IST KEINE AUFGABE NUR FÜR DORTMUND.

Das ist nicht kommunal zu lösen.

Aber es wäre meine Erwartung an eine Bundesregierung, dass sie die Worte „Aufbauprogramm West-Balkan“ und „Fluchtursachen bekämpfen“ auch ernst nimmt.

DORTMUND SORGT SCHON SEHR LANGE FÜR UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE. ES GIBT ALSO AUCH ERFAHRUNGEN, WAS AUS DEN JUNGEN FLÜCHTLINGEN WIRD ...

Ja. Die Erfahrung von Pädagog*innen, die schon lange in diesem Feld arbeiten, zeigt, dass die Jugendlichen oft auch aus der Fluchtsituation eine besondere Stärke gezogen haben, Resilienz, die Fähigkeit sich durchzusetzen, Widerständen zu trotzen, allein zu sein, sich allein zu organisieren und erfolgreiche Biografien zu entwickeln.

Die schönste Geschichte dieser Art ist mir im Bonifatiusheim, das seit Jahrzehnten mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen arbeitet, erzählt worden: Es ist die Geschichte eines Flüchtlingsmädchens aus einem afrikanischen Land – und heute in einem Dortmunder Unternehmen angestellt, Mitglied einer Gewerkschaft und einer großen Partei: Also ein ganz normales Dortmunder Mädel ... Wenn das kein Integrationserfolg ist!

Daniela Schneckenburger ist GRÜNE Dezernentin für Schule und Jugend.

Das Interview führte **JENS WOELKI**.





EHRENAMTLICH IN DER FLÜCHTLINGSHILFE DARUM ENGAGIEREN WIR UNS

Viele, viele Menschen engagieren sich in Dortmund und anderswo ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe. Den Ankommenden mit einem „Herzlich Willkommen“ begegnen und ihnen den Start in ein neues Zuhause erleichtern – darum geht es.

Einige dieser Ehrenamtlichen fuhren Mitte November auf Einladung von Markus Kurth (dem GRÜNEN, Dortmunder Bundestagsabgeordneten) nach Berlin und fühlten der Bundeshauptstadt bei der Frage der Unterstützung der Flüchtlingsarbeit auf den Zahn. Das Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe braucht noch

einige Unterstützung – vor Ort, aber auch aus Berlin. Insgesamt aber ist klar: **DIESE ARBEIT VERDIENT UNSEREN RESPEKT!**

Wir möchten Euch hier einige dieser Helferinnen und Helfer vorstellen – stellvertretend für die ganze „Berlin-Gruppe“ und für vielen Menschen, die tagtäglich den geflüchteten Menschen ihr Ankommen erleichtern.

MEHR INFOS: dortmunderfluechtlinge.de

• AHMED ABDELLATIF / 30 Jahre / Dortmunder

Ich engagiere mich im „Projekt Ankommen e. V.“. +++ Ich habe den Verein mit anderen Ehrenamtlichen im April 2015 gegründet. Wir haben diesen Verein gegründet, als wir merkten, dass die Menschen, die in ihre eigene Wohnung ziehen, viel mehr Unterstützung brauchen. +++ Besonders macht mir der direkte Kontakt zu geflüchteten Menschen Spaß. Ich freue mich ihnen ein Lächeln zu bereiten und sie von ihren Alltagsorgen abzulenken. Es bereichert mich, diese Menschen und ihre verschiedenen Kulturen kennen zu lernen. Sie lernen von mir, und ich lerne super viel von ihnen. +++ projekt-ankommen.de

• REGINA HUNKE / 58 Jahre / Dortmunderin / Erwachsenenbildnerin, Mitarbeiterin des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales / zur Zeit freiwillig abgeordnet in der Flüchtlingsarbeit des Landes NRW

Ich bin ehrenamtlicher Vormund von sechs unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen aus Afghanistan, Syrien und dem Irak. +++ Auch ich bin Mitglied im „Projekt Ankommen e. V.“ +++ Es ist mir eine Lebensfreude mit Menschen aus anderen Kulturen zusammen zu tanzen, zu essen, zu lernen und auch zu streiten. Lernen macht Spaß! +++ Konkret wünsche ich mir ein Verbesserungsmanagement unter Einbindung der vor Ort Arbeitenden und Lebenden und der Flüchtlinge selbst. +++ projekt-ankommen.de

• JOACHIM MERTENS / 54 Jahre / Wuppertaler / Anlageberater bei einer Bank in Düsseldorf

Recht einfach ich habe am 8. September die Neuankömmlinge empfangen. 24 Stunden später hat sich das Bündnis „Willkommen in Cronenberg“ konstituiert. +++ Bei den Laufftreffs komme ich regelmäßig mit den Erst-Ankömmlingen zusammen. Das sind die Momente, die mich bewegen und immer wieder gerne weiter machen lassen. +++ Die Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten aus Stadt, Trägern, Politik und Ehrenamt ist lückenhaft und führt zu einem gewissen Gefühl der Ohnmacht und Unzufriedenheit. Das hemmt die Kraft aus dem Bündnis. +++ Von der Politik erwarte ich: Zuverlässigkeit ersetzt Lippenbekenntnisse, Ehrenamtler ernst nehmen ersetzt gefühlte Gleichgültigkeit, pragmatische Unterstützung ersetzt „Unsichtbarkeit“. +++ willkommen-in-cronenberg.de

• HEIKO HAMER / 63 Jahre / Dortmund-Martener / Diplom-Pädagoge beim Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk e.V., Dortmund

Ich arbeite mit beim „Runden Tisch gegen Rechts“ in Dorstfeld. +++ Einmal die Woche mache ich mit Anderen eine Stunde Deutschunterricht. Viel mehr ist leider neben dem Beruf nicht drin. +++ Als bei der Eröffnung im Frühjahr 2011 in Grevendicksfeld die Rechten mit 100 Personen gegen die Flüchtlinge demonstrierten, habe ich mir gesagt, dass ich auch was „Praktisches“ für und mit den Flüchtlingen machen will. +++ Man weiß, was die meisten Flüchtlinge durchgemacht haben – trotzdem ist eigentlich immer gute Stimmung beim Unterricht. +++ Die letzten Jahre waren wir eine der wenigen „normalen“ Kontaktmöglichkeiten für die Flüchtlinge. +++ Zum Glück gibt es in Grevendicksfeld jetzt eine hauptamtliche Kraft zur Koordination der ehrenamtlichen Tätigkeiten. +++ Es ist schon sehr bedrückend, wenn jemand abgeschoben wird. +++ In Dortmund fehlt Austausch unter den verschiedenen Einrichtungen und mit deren ehrenamtlichen Teams. Je mehr man sich in die konkrete Hilfe vertieft, desto mehr Fragen entstehen! +++

• BIANCA STÖPEL-VERHAAREN / 45 Jahre / Dortmunderin / Verwaltungsangestellte

Wir engagieren uns bei Hauswirtschaft, Essensausgabe, Kleiderkammer, Möbellager, Spendenkoordination, Möbelkoordination, Kinderbetreuung, Vernetzung, Spendenverwaltung, Auszüglerbetreuung, Mütter- und Neugeborenenversorgung, Gemeindearbeit. +++ Der untersten Ebene in der Flüchtlingshilfe, den Ehrenamtlichen, wird kaum Wertschätzung geschenkt von der Kommune, dem Land, der Regierung. Doch die Caritas, Trägerin der Einrichtung am Ostpark, stellt eine bemerkenswerte Ausnahme dar. +++ Von der Politik und der Verwaltung erwarte ich Wertschätzung und Beachtung im Sinne von Unterstützung (!) der ehrenamtlichen Leistung. +++ am-ostpark.de

Raphael Frebel und Ulrich Langhorst.



BELASTEN DIE FLÜCHTLINGE DORTMUND?

So ganz schlecht kommt die Stadt nicht dabei weg

Dortmund fühlt sich vom Land im Stich gelassen, sagt CDU-Dezernentin Diane Jägers. Kämmerer Jörg Stüdemann spricht von explodierenden Ausgaben für die Flüchtlinge. Frau Jägers erwartet bis zum Jahresende 5.500 kommunal zugewiesene plus 2.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sowie 155.000 Flüchtlinge, die über die Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE) kommen. Ohne Zweifel ein großer Kraftakt.

Wird Dortmund überfordert?

Seit Anfang September erreichen pro Woche mehr als 10.000 Asylsuchende NRW. Bis Mitte Oktober 2015 wurden in NRW insgesamt 201.864 Flüchtlinge aufgenommen, so der Innenminister. Rund 30 Prozent wurden in andere Bundesländer weitergeleitet. Bis Jahresende werden etwa 240.000 Flüchtlinge erwartet, 170.000 davon bleiben in NRW.

Ausbau der Landeseinrichtungen

Die ankommenden Flüchtlinge verbleiben längstens drei Monate in Landeseinrichtungen, wo sie registriert, ärztlich untersucht, geimpft und erstmalig beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Einleitung des Asylverfahrens vorgestellt werden. Hierfür betreibt das Land 5 Erstaufnahmeeinrichtungen (EAEs), 21 zentrale Unterbringungseinrichtungen und 222 Notunterkünfte (Stand: 15. Oktober 2015). Zwei Tage verweilt ein Flüchtling im Regelfall in der EAE, 14 Tage in Notunterkünften. Dann wird er in eine kommunale Einrichtung überwiesen nach einem festen Verteilungsschlüssel. Zurzeit werden 71.000 Plätze in Landeseinrichtungen vorgehalten, vor drei Jahren waren es nur 1.800.

Was macht eigentlich das BAMF?

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist für das eigentliche Asylverfahren verantwortlich. 2014 wurden bei 203.000 Asylanträgen nur 129.000 Bescheide erteilt. Zusammen mit Altfällen aus den Vorjahren türmte sich Anfang 2015 ein unerledigter Aktenberg von 169.000 Fällen auf. Und dieser Berg wächst weiter. Hintergrund ist die unzureichende Anzahl an sogenannten „Entscheider*innen“ im BAMF. 500 Mitarbeiter*innen standen 2014 zur Verfügung, in 2015 sind es 600. Die Folge: drei bis neun Monate Wartezeit vor (!) dem ersten Termin beim BAMF. Erst danach beginnt das eigentliche Asylverfahren.

Wegen des Nadelöhrs BAMF müssen Asylsuchende zum Teil bis zu drei Monate in den Notunterkünften bleiben. Integrationsmaßnahmen gibt es für sie in dieser Zeit nicht, denn der Flüchtlingsstatus ist ungeklärt.

Und wer bezahlt?

Ist der Bleibestatus dann geklärt, erhalten Flüchtlinge Bundesleistungen nach dem Sozialgesetzbuch, zum Beispiel Arbeitslosengeld II. Die Kommunen tragen die Kosten der Unterkunft. Wird nur eine vorübergehende Duldung ausgesprochen, werden kommunale Zuwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gewährt.

Solange aber die Flüchtlinge noch im Verfahren sind, gilt das Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG). Bisher hat NRW nur einen kleinen Anteil der FlüAG-Aufwendungen übernommen. Bochum nennt für 2013 Kosten von 5,89 Millionen Euro, von denen das Land nur 26 Prozent erstattet hat. Für Dortmund liegen keine Zahlen vor.

Zurecht haben die Kommunen eine stärkere Landesbeteiligung gefordert. Dem ist die rot-grüne Landesregierung gefolgt. 2014 wurden 91 Millionen Euro für die Flüchtlingsunterbringung bereitgestellt, in 2015 waren dies bereits 810 Millionen Euro und für 2016 sind 1,975 Milliarden Euro geplant. Gleichzeitig werden größere Mittel für zusätzliche Stellen in Schulen, Bezirksregierungen, Verwaltungsgerichten etc. ausgewiesen.

Was heißt das für den Dortmunder Haushalt 2016?

Wenn man mit landesweit 250.000 aufzunehmenden Flüchtlingen im nächsten Jahr rechnet – oder bundesweit 1,5 Millionen – dann muss Dortmund rund 7.650 Menschen aufnehmen. Die Flüchtlinge in den EAEs werden mit dem Faktor 1,3 und die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge mit dem Faktor 1 angerechnet und vom Land komplett finanziert. Wird diese Zahl mit rund 3.000 Personen angesetzt, verbleiben für Dortmund rund 4.650 unterzubringende Flüchtlinge. Bei durchschnittlichen Kosten von 14.500 Euro je Person (Zahlen für Dortmund liegen nicht vor) erhält Dortmund 2016 über die FlüAG-Pauschale 76,4 Millionen Euro bzw. 16.430 Euro je Flüchtling. Das ergibt sich aus dem derzeitigen Abrechnungsschlüssel (90 Prozent nach Einwohnerzahl plus 10 Prozent nach der Fläche).

2017 wird sich das ändern. Dann erfolgt eine monatsstarke Abrechnung und zwar über den Schlüssel „Anzahl der tatsächlich kommunal aufgenommenen Flüchtlinge“. Die vom Land heute schon komplett finanzierten Landeseinrichtungen und die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge bleiben dann – zurecht – unberücksichtigt.

Mario Krüger

ist Dortmunder GRÜNES Mitglied im Landtag.

WER RADWEGE BAUT, WIRD RADVERKEHR ERNTEN



Diskutieren für den Radverkehr (von links): Lorenz Redicker, Ineke Spape, Ingrid Reuter, Ulrich Syberg, Martin Tönnies

Anfang November hatte die GRÜNE Fraktion Expert*innen und Bürger*innen zum Dialog über den Radschnellweg Ruhr ins Rathaus eingeladen. Eine Woche später wurde die Vorlage der Verwaltung im Ausschuss empfohlen und anschließend im Rat beschlossen. Damit gibt es ein klares Votum für die weitere Planung des „bundesweiten Vorzeigeprojekts“ auch in Dortmund. Gleichzeitig wurden auch Bürger*innenversammlungen beschlossen, auf denen Details zum Trassenverlauf diskutiert werden können. Das ist das deutliche Signal, dass der Radweg nicht an Dortmunds Grenzen enden soll, sondern dass die Städte zwischen Duisburg und Hamm sich gemeinsam für dieses klimafreundliche, zukunftsfähige Projekt stark machen.

Gut – denn alles andere wäre kurzsichtige Verkehrspolitik, wie die internationalen Verkehrsexpert*innen beim GRÜNEN Ratschlag in der Diskussion über Chancen und Schwierigkeiten deutlich machten: Der RS1 bietet große Chancen zur Entlastung der Innenstadt und der Region vom Autoverkehr – immerhin jährlich 16.600 Tonnen CO₂ weniger – und zur Stärkung der Wirtschaft. Doch auch wenn, wie Martin Tönnies, Bereichsleiter Planung des RVR und einer der Initiatoren des Radschnellweges Ruhr, vorrechnet, der Nutzen die Kosten um das 4,8-Fache übersteigt und Fördermittel des Landes und des Bundes in Aussicht stehen, müssen die Kommunen ihren Anteil leisten. Für die

Gesamtkosten sind 184 Millionen Euro, 1,8 Millionen Euro pro Kilometer, prognostiziert. Auf die etwa 24 Kilometer Streckenlänge auf Dortmunder Stadtgebiet entfielen demnach Kosten in Höhe von 30 Millionen Euro. Das ist eine Menge Geld, ja – aber kein Vergleich zu den Summen, die pro Kilometer immer wieder gerne für den Autoverkehr ausgegeben werden.

Ein weiterer Kritikpunkt der Bedenkenträger*innen betrifft das stadtweite Radwegenetz. Es würde zu viel Geld für nur ein Projekt ausgegeben. Und genau da wird die Kritik am RS1 kurzichtig: Die citynahe Ost-West-Verbindung des RS1 sieht Lorenz Redicker, Kreisvorsitzender des VCD, gerade als Rückgrat für ein besseres innerstädtisches Routennetz mit Vorbildfunktion für das gesamte kommunale Radwegenetz. Denn erstmals besteht die Chance, für ein Radprojekt bundes- und landesweite Fördergelder zu bekommen. Ein Großteil des Radschnellwegs wird auf schon bestehenden Radwegen verlaufen, die so endlich die nötige Beleuchtung, einen Winterdienst und eine vernünftige Fahrbahndecke erhalten. Deshalb bedeutet der RS1 auch eine immense Verbesserung der stadtweiten Radverkehrsverbindungen. Mit einem Radverkehrsanteil von derzeit nur sieben Prozent hat Dortmund großen Nachholbedarf. Ein „Ja“ zum Radschnellweg ist damit auch die Chance, den überfälligen Ausbau des innerstädtischen Radwegenetzes endlich voranzutreiben.



Die Messwerte zur Luftbelastung an der Brackeler Straße – und auch an allen anderen Stationen der Stadt – zeigen unverändert zu hohe Belastungen mit gesundheitsgefährdenden Stickoxiden. Allein an der Brackeler Straße lag der Jahresmittelwert für Stickstoffdioxid (NO₂) 2014 bei 52 µg/m³. Der erlaubte Grenzwert liegt bei 40 µg/m³. Daran hat auch die Pflicht zur grünen Plakette bisher nicht viel geändert. Kein Wunder: Denn nicht überall da, wo eine grüne Plakette draufklebt, kommt auch nur das raus, was erlaubt ist.

Der aktuelle Skandal um manipulierte Abgaswerte könnte damit eine Erklärung sein, warum die Belastung mit Luftschadstoffen unverändert hoch bleibt – obwohl die Autos angeblich immer umweltfreundlicher werden. Zu gerne haben alle das Märchen vom schadstoffarmen Motor geglaubt. Doch Autos sind nicht umweltfreundlich – auch nicht mit „abgasarmen“ Motoren. Zum Schutz der Gesundheit und des Klimas hilft eben nur eine umfassende Verkehrswende.

Ein zukunftsfähiges Verkehrskonzept für die Stadt kann deshalb nur ein Ziel haben: weg von mehr Autoverkehr, hin zu mehr schadstofffreien Alternativen. Ein starkes Argument auch für ein Projekt wie den Radschnellweg Ruhr. Wem es mit der Gesundheit der Dortmunder*innen ernst ist, muss dafür sorgen, dass es zukünftig weniger Autos in der Innenstadt gibt. Ein erster Lösungsansatz dafür liegt in einem attraktiven ÖPNV und einem deutlich verbesserten Radwegenetz, eingebunden in ein entsprechendes stadtplanerisches Konzept. Zur Verminderung des Lkw-Verkehrs gilt es, ein umweltfreundliches Konzept für den Güternah- und Fernverkehr in der Metropole Ruhr zu entwickeln und umzusetzen. Unsere Quintessenz aus der Abgaslüge deshalb: „Verkehrswende jetzt“.

Ingrid Reuter ist Sprecherin der GRÜNEN Ratsfraktion.

GRÜNES SPÄTSOMMERFEST

Sommerfeste im kalendarischen Herbst heißen ... Spätsommerfest! Wenn wir an das Wetter in diesem Jahr denken, hätten wir auch Anfang November feiern können. Es war aber am schon am 26. September.

GRÜNE Mitglieder und Symphatist*innen trafen sich – der Name ist Programm - im Café Durchblick am Westfalenpark und erlebten Puppenspieler, politische Information und emotionale Abschiedsreden. „Kann man Rinderwahn eigentlich riechen oder hören?“ Unter großem Gelächter fragte Klemens (gespielt von Bodo Schulte) dies seine Zuschauer*innen. Von Gesundheit bis Atomkraft ließ er kaum ein GRÜNES Thema unbeachtet. Auch lobte er die Stadt Dortmund für ihren „vorbildlichen“ Umgang mit Flüchtlingen. Dann folgte, etwas ernster, die offizielle Verabschiedung der langjährigen Kreisgeschäftsführerin Martina Müller. MdB Markus Kurth lobte vor Allem Martinas Top-Wahlorganisation und hielt fest: „Martina, du bist mit ganzem Herzen dabei. Ich hoffe, dass du weiterhin politisch aktiv bist und wir dich wiedersehen.“ Auch das GRÜNE Urgestein Claudia Roth ließ es sich nicht nehmen, ein paar warme und dankende Worte per Videobotschaft an Martina zu richten. Auch das Sprecher*innen-Team des Kreisverbandes, Hilke Schwingeler und Remo Licandro, bedankten sich im Namen des Vorstands herzlich bei der GRÜNEN Sauerländerin und leidenschaftlichen Tischtennisspielerin. Hilke überreichte Martina ein Netz voller Tischtennisbälle mit Buchstaben. Die richtige Anordnung der Bälle verrate ihr das Abschiedsgeschenk, dass auf sie warte.

Klemens stellte in seinem zweiten Auftritt ein GRÜNES Fernsehprogramm vor, das von morgens bis abends über verschiedene GRÜNE Mitglieder und Funktionsträger*innen berichte: Vom Mittagsprogramm „Dani und die Strolche“ bis zum Abendprogramm „Mario erklärt die Welt in sechs Stunden“ fehle nichts.

Dazwischen Polit-Info: Astrid Cramer stellte das Projekt Ankommen e.V. vor, welches die Expertise und das Engagement von Ehrenamtlichen, die sich für Flüchtlinge einsetzen möchten, bündelt und vermittelt (mehr dazu auf den Seiten 6 und 7). „Wir haben einen Nerv getroffen“, stellte Astrid fest. Hilke bedankte sich – natürlich: im Namen des Vorstands – für Astrids Vortrag und bat die Teilnehmer*innen, dem Projekt Spenden zukommen zu lassen.

In der Zwischenzeit hatte Martina ihr Rätsel erfolgreich gelöst: Im Mai nächsten Jahres wird sie Herbert Grönemeyer live auf Schalke sehen. Sichtlich gerührt bedankte sie sich.

Klemens dagegen „bedankte“ sich bei seinem dritten Auftritt bei der Stadt Dortmund, die trotz der finanziellen Situation der Kommune den Evangelischen Kirchentag unterstützen will. Nichtsdestotrotz hatten die Teilnehmer*innen jede Menge Gelegenheit ihre Lachmuskeln zu trainieren.

Am Ende betrat noch einmal Remo Licandro die Bühne und bedankte sich (im Namen des ganzen Kreisverbands) ganz herzlich bei Klemens, Astrid und allen Beteiligten, die das Spätsommerfest und das Programm ermöglicht haben. Das Buffet war eröffnet.

Kim Plätz ist Geschäftsführerin des Kreisverbands.



MIT HERZ, PLAN UND „MUT IM BAUCH“: VIELE BLICKE UND EINIGE SCHRITTE IN DIE ZUKUNFT



Über 750 Delegierte und weitere Gäste trafen sich zur 39. Bundesdelegiertenkonferenz in Halle/Saale vom 20. bis zum 22. November 2015.

Fünf aus Dortmund waren dabei: Katja Bender, Remo Licandro, Rico Koske, Ute Goerke und als Ersatzdelegierter der Bundetagsabgeordnete Markus Kurth.

Die Flüchtlingsdebatte stand zu Beginn der BDK auf der Agenda, zog sich aber auch durch alle anderen Tagesordnungspunkte. Mit einer Gedenkminute, einem Grußwort der französischen GRÜNEN-Politikerin Cécile Duflot (Europe Ecologie-Les Verts/EELV) und einer einstimmig beschlossenen Resolution „Nous sommes unis“ begann die BDK inhaltlich. Deutlich kritisiert wurde von einigen der Asylbeschluss. Betroffenheit als Kommunalpolitiker*innen und/oder Helfer*innen oder auch „nur“ als Mitleidende sowie Offenheit und eine fast faire Kommunikationskultur prägten die Diskussion. Dennoch war einhelliger Tenor bei vielen Redner*innen: „Die Bürgerrechte kommen bei den GRÜNEN nicht unter die Räder.“

Angesichts der Dringlichkeit und der im Dezember stattfindenden UN-Klimakonferenz kam die GRÜNE Wirtschafts- und Klimapolitik etwas zu kurz – auch wenn schon Jahre vorher viel debattiert wurde. Beschlossen wurden als Forderungen die Mobilitäts- und Agrarwende, der Kohleausstieg in knapp zwei Jahren und eine echte Energiewende mit nahezu 100 Prozent erneuerbaren Energien im

Stromsektor bis 2030 und 100 Prozent Erneuerbaren in den Sektoren Wärme, Industrie und Mobilität bis 2050.

Unter dem Begriff „ZeitHaben“ debattierten wir eine GRÜNE Arbeitszeitpolitik, die stärker auf Teilhabe und Mitgestaltung im Arbeits-, aber auch im privaten und politischen Leben setzt. Die von den Delegierten gewählten Themen unter Verschiedenes waren überwiegend Punkte aus der Umweltpolitik (z. B. Atommüllentsorgung in Ahaus). Nachlesen möglich unter: www.gruene.de.

Last but not least: die Wahlen

Der Bundesvorstand wurde wiedergewählt mit Simone Peter (Vorsitzende), Cem Özdemir (Vorsitzender), Michael Kellner (Geschäftsführer), Benedikt Mayer (Schatzmeister) sowie als weitere Vorstandsmitglieder Gesine Agena (frauenpolitische Sprecherin) und Bettina Jarasch.

Für den Parteirat aus 16 Personen bestehend sind qua Amt Simone Peter, Cem Özdemir und Michael Kellner gesetzt. Die Wahl der weiteren 13 Mitglieder ergab folgendes Ergebnis: Katja Dörner, Katrin Göring-Eckardt, Sigi Hagl, Britta Haßelmann, Madeleine Henfling, Ska Keller und Silvia Löhrmann für die Frauenplätze. Von den zehn Kandidaten wurden gewählt: Robert Habeck, Anton Hofreiter, Erik Marquardt, Christian Meyer, Gerhard Schick und Malte Spitz. Mit vier Mitgliedern aus NRW können wir zufrieden sein (Britta, Katja, Silvia und Malte). Sowohl bei den Wahlen zum

Parteirat als auch bei einigen Anträgen waren seichte Flügelkämpfe zwischen Realos und Linken sichtbar.

Aufbruch als Programmpunkt und fast ein gefühlter Aufbruch in die kommenden Wahlrunden

In knapp zwei Jahren findet die nächste Bundestagswahl statt. 2016 dürfen sich GRÜNE in Landtagswahlkämpfen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt (alle 13.3.) und Mecklenburg-Vorpommern (4.9.) sowie in Kommunalwahlen in Hessen und Niedersachsen warmlaufen. Vor der Bundestagswahl (voraussichtlich Herbst 2017) wählen noch NRW, Schleswig-Holstein und das Saarland ihren Landtag. Die Termine stehen, die programmatrische Arbeit ist jedoch noch notwendig. Abzuwarten oder auch einzugreifen gilt es, um die günstigste Phase dafür zu finden. Zwischen den Landtagswahlen im Mai und der Bundestagswahl im Herbst dürfte die Zeit zu knapp sein, um in ernsthaften Diskussionen auf breiter Basis eine Richtung zu finden. Einig sind sich alle, gegen den momentanen in Berlin gestalteten Stillstand und für gute zweistellige Wahlergebnisse zu kämpfen, um Zukunft selbst gestalten zu können.

Noch ein Schmankerl zum Anfüttern für die nächste BDK: Neben all den Anträgen gab es auch eine musikalische Einlage. Die Well-Brüder aus dem Biermoos, die aus der spätestens seit dem Anti-WAAhnsinns-Festival bekannten Gruppe Biermösl Blosn hervorgegangen sind, traten auf – dieses Mal ohne Gerhard Polt, aber mit interkulturellen Gesängen und Instrumentenklängen. Der nächste Parteitag, die BDK 2016, findet vom 11. bis 13. November in Münster statt.

Ute Goerke

ist GRÜNE in der Bezirksvertretung Hörde.



GRÜNE GESICHTER



Wer bist du?

Mein Name ist Mamadou Bobo Barry. Ich bin 39 Jahre und wohne in Scharnhorst. Ich lebe seit elf Jahren in Deutschland, davon acht Jahre in Dortmund. Ursprünglich bin ich aus Guinea-Conakry.

Wie kamst du zu den GRÜNEN?

Politik ist meine Leidenschaft. Das politische System der Bundesrepublik Deutschland ist ein sehr

gutes System. Die parlamentarische Demokratie in Deutschland ist sehr organisiert. Nach meiner Einbürgerung habe ich mich oft gefragt, warum gehst du eigentlich nicht in eine Partei? Ein paar Wochen später habe ich die Programme von vielen Parteien gelesen um zu gucken, welche Partei die beste für mich ist. Am Ende habe ich dann zu den GRÜNEN nach Berlin geschrieben. Ein paar Tage später bekam ich Post aus Berlin und vom Kreisverband Dortmund. In Scharnhorst haben die beiden Frebels [Wolfram und Raphael] mich in den Ortsverband eingeladen und zu mir herzlichen Willkommen gesagt. Das war 2011. Seitdem habe ich ein sehr gutes Verhältnis mit dem OV Scharnhorst und dem KV Dortmund. In Scharnhorst sind wir sehr organisiert und sehr offen. Dann wurde ich auf die Liste zur Kommunalwahl 2014 gewählt. Und jetzt bin ich in der Bezirksvertretung Scharnhorst. Ich mache das sehr gern und freue mich dabei zu sein.

Du hast aber auch schon früher Politik gemacht?

Ja, wie schon gesagt, Politik ist meine Leidenschaft, schon in Guinea. Ab der 10. Klasse habe ich in Dabola-Guniea in der Regierungspartei für die Jugendlichen gearbeitet. Da war ich der Generalsekretär für die Jugendlichen. Zwischen 1999 und 2004 hat sich die politische Lage sehr stark geändert, deswegen bin ich später ausgetreten und in einer anderen Partei eingetreten. Dann wurde die Situation in Guinea immer schwieriger. 2004 bin ich in die BRD eingereist.

Wie war das Leben in Deutschland?

In Deutschland war der Anfang sehr schwer. Man kann die Sprache nicht, man weiß nicht, wo man ist, man bekommt Briefe und kann nicht lesen, Arztbesuch ohne fremde Hilfe geht nicht, es war schrecklich. Ich musste mir deutsch selbst beibringen, ich habe mir Bücher gekauft. Drei Jahre später habe ich meinen Aufenthaltstitel bekommen und damit konnte ich die Deutschschule besuchen und auch arbeiten. Nach der Schule habe ich eine kaufmännische Qualifizierung für Büroberufe gemacht, danach habe ich angefangen in der Logistik zu arbeiten. Ein paar Jahre später dachte ich, warum machst du keine Lehre? Jetzt bin ich IT-Systemkaufmann von Beruf. Von September bis November 2015 habe ich als SAP EWM Support Consultant gearbeitet und ab Anfang Dezember 2015 arbeite ich als kaufmännischer Angestellter in einer Firma, die neu auf die Westfalenhütte kommt. Ich weiß noch nicht genau was mich dort erwartet, aber ich freue mich sehr auf meine neue Tätigkeit.

Was gefällt dir bei den GRÜNEN?

Sie sind sehr kommunikativ und offen. Wir Grünen arbeiten bzw. kämpfen zielorientiert. Die GRÜNE Wirtschaftspolitik, Familienpolitik, Einwanderungspolitik und Außenpolitik etc. ist toll. Das alles ist für mich eine große Erfahrung. Zwischen 2004 und 2006 hat der KV Dortmund uns sehr geholfen. Wir konnten das Büro der GRÜNEN an der Hohen Straße immer für unsere kulturellen und politischen Treffen nutzen. Das war sehr gut. Ich habe damals auch eine Zeitung gegründet mit Nachrichten nur aus Guinea. Internet war damals nicht so wie heute, deswegen habe ich mit meinem Team die Nachrichten gedruckt und kostenlos verteilt. Es gibt immer so viel zu tun. Man muss immer kämpfen im Leben, immer kämpfen.

Ich bin auch sozial sehr engagiert. Ich bin Secrétaire fédéral von einer guineischen Partei (PEDN – Parti de l'espérance pour le développement National) in Deutschland. Für die Partei kann ich von hier aus nicht viel machen, ich unterstütze sie nur bei der Organisation und mit kleinen Spenden; wählen darf ich nicht. Aber Ideen und Tipps bekommen die immer von mir. Und wir aus Guinea haben auch einen Dachverband (Conseil des Guinéens d'Allemagne) in Deutschland, dort bin ich für die Integration zuständig.

Das Interview führte **Jens Woelki**.

BIST AUCH DU IM HERZEN GRÜN?

JETZT MITGLIED WERDEN:

WWW.GRUENE.DE/UEBER-UNS/JETZT-MITGLIED-WERDEN.HTML

ODER EINE E-MAIL AN INFO@GRUENE-DORTMUND.DE

ODER ANRUFEN IM KREISVERBAND TEL. 0231 / 12 11 71

FRAGEN? ANREGUNGEN? LUSTPOLITIK IN DORTMUND MITZUGESTALTEN?

Sprecht uns an – wir freuen uns auf euch!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kreisverband Dortmund

Königswall 8 · 44137 Dortmund · Tel.: 0231/12 11 71 · Fax.: 0231/12 11 64

E-Mail: info@gruene-dortmund.de · Internet: www.gruene-dortmund.de

Öffnungszeiten: montags von 11.00 bis 15.00 Uhr
donnerstags von 11.00 bis 19.00 Uhr

Kreisgeschäftsführerin: Kim Plätz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Dortmund

Friedensplatz 1 · 44122 Dortmund · Tel.: 0231/50 220 78 · Fax.: 0231/50 220 94

E-Mail: fraktion@gruene-do.de · Internet: www.gruene-dortmund.de

Ansprechpartner*innen im Büro:

Sabine Pezely Fachbereiche Ökologie, Stadtplanung, Wirtschaft und Kultur
Stefan Neuhaus Fachbereiche Sozialpolitik, Schule, Kinder und Jugend, Bürgerdienste
Manuela Meyer Büromanagement

GRÜNE Jugend Dortmund

Königswall 8 · 44137 Dortmund

E-Mail: info@gjdo.de · Internet: www.gjdo.de

TERMINE

MI 20. Januar 2016 ab 19 Uhr

-> **AG-BUNDESPOLITIK** mit Markus Kurth (MdB), zum Thema Rentenpolitik
im Büro des Kreisverbands, Königswall 8

SO 24. Januar 2016 ab 11 Uhr,

-> **NEUJAHRSEMPFANG DES KREISVERBANDS**
mit politischer Rede zum NSU von Irene Mihalic (MdB)
im Büro des Kreisverbands, Königswall 8

IMPRESSUM: GRinDo ist eine Publikation von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Dortmund • Königswall 8 • 44137 Dortmund (Herausgeber)
Tel. 0231 - 12 11 71 • info@gruene-dortmund.de

V. I. S. D. P.: Hilke Schwingeler (Sprecherin) und Remo Licandro (Sprecher).

FOTOS: Gerd Schmedes (Titel, 2/3 [Hintergrund], 4, 5, 9, 13, 15, 16), GRÜNE Dortmund (2 [Portrait], 8, 14),
Alexandra Breitenstein (6 [a,b,c], 7 [a,b]), , Projekt Ankommen e.V. (7 unten) Claudia Orth (10 [großes Foto]),
Rechte bei den abg. Personen (10 - Portraits), Mario Krüger (11), Norbert Hoffmann (12 unten),
GRÜNE Ratsfraktion (10 oben), Ute Goerke (14 [o.]), Projekt Ankommen e.V. (7 unten)

REDAKTION: Jens Woelki

LAYOUT, GRAFIK: Gerd Schmedes -> gabak artistic advice

DRUCK: Brasse & Nolte, Dortmund, Dezember 2015

AUFLAGE: 1.000 Exemplare • Die Abgabe ist kostenfrei.

